

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

Beginn der Sitzung:	20.00 Uhr
Vorsitz:	Stucki René, Präsident
Protokoll:	Müller Daniel, Sekretär
Stimmzähler:	Müller Philipp Wiederkehr Irene Wolf-Miranda Catalina
Anwesend:	34 Mitglieder
Abwesend:	Kiwic Anton Lips Werner
Behördenvertreter:	Müller Otto, Stadtpräsident Balbiani Jean-Pierre, Vizepräsident Brunner Roger, Stadtrat Felber Johannes, Stadtrat Illi Heinz, Stadtrat Schaeren Rolf, Stadtrat Tonini Esther, Stadträtin
Weibeldienst:	Wm Meury Matthias Gfr Lozano Samuel

Vorstellung Gemeinderatsmitglied

Zu Beginn der Sitzung stellt sich das neu gewählte Gemeinderatsmitglied Otilie Dal Canton kurz vor. Der Ratspräsident wünscht ihr viel Erfolg während der parlamentarischen Tätigkeit.

Mitteilungen

- a) Die Kleine Anfrage von Josef Wiederkehr betreffend Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 wurde vom Stadtrat am 16. Mai 2011 beantwortet.
- b) Die Kleine Anfrage von Rosmarie Joss betreffend Grundstückgewinne in Dietikon wurde vom Stadtrat am 16. Mai 2011 beantwortet.
- c) Die Kleine Anfrage von Ernst Joss betreffend Lärm von in der Nacht geöffneten Gaststätten wurde vom Stadtrat am 23. Mai 2011 beantwortet.
- d) Die Kleine Anfrage von Josef Wiederkehr betreffend Revision des Kantonalen Richtplans wurde vom Stadtrat am 30. Mai 2011 beantwortet.
- e) Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 7. Juli 2011 statt.

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

Traktandenliste

Da Anton Kiwic sich für die heutige Sitzung entschuldigt hat, wird Traktandum 10 von der Traktandenliste gestrichen.

Es werden keine weiteren Änderungen zur Traktandenliste gewünscht.

Protokoll

Zum Protokoll der Sitzung vom 19. Mai 2011 wurden keine Berichtigungsanträge eingereicht.

Fraktionserklärung

Samuel Spahn (Grüne) stellt fest, dass es am Schluss der letzten Sitzung emotional geworden ist. Emotionalität ist modern und in der Politik werden mit Emotionen Wahlen und Abstimmungen beeinflusst. Die Wahrheit und die Fakten bleiben dabei nicht selten auf der Strecke. Dietikon und andere Gemeinden zahlen das, was Bund und Kantone gerne einsparen. Durch die Reduktion der Bezugsdauer von Arbeitslosenentschädigung werden Menschen in die Sozialhilfe gedrängt. Die durch Steuerwettbewerbe verursachten Einnahmehausfälle werden auf dem Buckel der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ausgetragen. Alle Parteien in Dietikon sollten sich gemeinsam auf höherer Ebene dafür einsetzen, dass das Schwarz-Peter-Spiel nicht weiter mitgemacht wird. Das wäre sinnvoller und einträglicher als ein sich wiederholendes parteipolitisches Hickhack.

A1./A. Behörden, Gremien

Ersatzwahl eines Mitgliedes der RPK

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

Für die Ersatzwahl von André Arnet als Mitglied der RPK für die Amtsdauer 2010-2014 schlägt Ueli Bayer namens der Interfraktionellen Konferenz vor:

Otilie Dal Canton, Steinmülistrasse 25

Nachdem keine weiteren Wahlvorschläge eingehen, erklärt der Vorsitzende die Vorgeschlagene als gewählt.

F3.08.5. Jahresrechnung, Nachtragskredite

Jahresrechnung 2010

Referent: Roger Bachmann, Präsident RPK

Roger Bachmann erklärt, dass in Absprache mit der Finanzabteilung entschieden wurde, die technische Prüfung der Rechnung durch Personen mit der nötigen Fachkunde durchzuführen. Ein entsprechender Auftrag wurde dem Gemeindeamt des Kantons Zürich erteilt.

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

Das Gemeindeamt hat mit Revisionsbericht vom 15. April 2011 bescheinigt, dass die vorliegende Jahresrechnung den geltenden schweizerischen, kantonalen und kommunalen Vorschriften entspricht und empfiehlt darum, sie zu genehmigen. Weiterhin in den Aufgabenbereich der Rechnungsprüfungskommission fällt die finanzpolitische Prüfung der Jahresrechnung. Die RPK wurde bei der Rechnungsprüfung wie gewohnt souverän von der Finanzabteilung unterstützt. Er bedankt sich dafür herzlich, auch bei den übrigen Ressortvorstehern und der Ressortvorsteherin, ebenso bei den jeweiligen Abteilungsleitenden.

Die Kontrolle der RPK hat eine stichprobenweise Prüfung sämtlicher Buchhaltungsbelege und einen Vorort-Termin im Steueramt beinhaltet. Als Spezialgebiet wurde in diesem Jahr zusätzlich die Gebührenfakturierung untersucht. Das Globalbudget des Alters- und Gesundheitszentrums wurde ebenfalls geprüft. Die Jahresrechnung 2010 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von knapp Fr. 329'000.00 fast 6.7 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Dieses im Vergleich zum Voranschlag wesentlich bessere Ergebnis ist primär auf viel höhere Steuererträge zurückzuführen, wo insgesamt Mehreinnahmen von rund 9.5 Mio. Franken zu verzeichnen sind. Es hat sich einmal mehr gezeigt, dass die Budgetierung der Steuererträge eine äusserst schwierige Angelegenheit ist. Aus dem Steuerkraftausgleich sind 15.8 Mio. Franken in die Stadtkasse geflossen. Der zugesicherte Steuerfussausgleich von knapp 3.5 Mio. Franken ist nicht beansprucht worden.

Die Investitionsrechnung weist im Verwaltungsvermögen Nettoinvestitionen von rund 15.4 Mio. Franken aus, das sind knapp 5 Mio. Franken weniger als budgetiert. Auch die Nettoveränderung des Finanzvermögens fällt mit rund 1.4 Mio. Franken besser aus als vorgesehen. Das Eigenkapital beläuft sich per 31. Dezember 2010 auf ca. 74.2 Mio. Franken.

Hochbauabteilung

Das Ergebnis in der Hochbauabteilung hat wiederum keine grossen Diskussionen ausgelöst, obwohl der Aufwandüberschuss im Vergleich zum Budget leicht höher ausfällt. Die Rechnung der Hochbauabteilung wird stark durch die Bautätigkeit beeinflusst; ein Faktor der im Budgetprozess nur schwer abschätzbar ist.

Sicherheits- und Gesundheitsabteilung

Aufgrund der Reorganisation innerhalb der Stadtverwaltung sind die Rechnungen im Bereich Sicherheit und Gesundheit zum ersten Mal durch die Sicherheits- und Gesundheitsabteilung zusammen präsentiert worden. Die Sicherheitsabteilung schliesst im Vergleich zum Budget fast 0.5 Mio. Franken schlechter ab, was vor allem auf Mindereinnahmen bei den Gebühren zurückzuführen ist. In diesem Zusammenhang hat man in der RPK auch eine intensive Diskussion über die Bussenpraxis der Stadtpolizei geführt, namentlich im Bereich der Ahndung von Verstössen gegen das Litteringverbot. Diskussionsthema war auch die Personalfluktuaton und die dadurch entstehenden Mehrkosten. Der Sicherheitsvorstand hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass es derzeit schweizweit an ausgebildeten Polizisten fehlt und die Angehörigen des Korps der Stadtpolizei Dietikon über vergleichsweise schlechte Lohnkonditionen verfügen.

Die Gesundheitsabteilung schliesst rund Fr. 200'000.00 besser ab als budgetiert. In der RPK wurde das Thema Littering - konkret das in der Investitionsrechnung vorgesehene, aber noch nicht ausgeführte Abfallbehälter-Konzept - diskutiert. Eine stadträtliche Weisung und der Kreditantrag liegen inzwischen bei der RPK zur Beratung.

Sozialabteilung

Eines der beiden Sorgenkinder ist die Sozialabteilung. Sie weist gegenüber dem Voranschlag eine Zunahme beim Nettoaufwand von knapp 1 Mio. Franken aus. Gegenüber der Jahresrechnung 2009 hat sich der Nettoaufwand sogar um fast 3.5 Mio. Franken erhöht. Diese Verschlechterung des Er-

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

gebnisses ist im Bereich der Zusatzleistungen zu finden, wo sich der Nettoaufwand im Vergleich zum Budget um 1.5 Mio. Franken erhöht hat. Die Gründe für diese Kostensteigerung liegen u.a. in einer Fallzunahme von mehr als 5 %, bei der Erhöhung der Krankenkassenprämien und einer Zunahme der Heimkosten. Der Sozialvorstand und die Leiterin der Sozialabteilung haben der RPK in einer ausführlichen und aufschlussreichen Präsentation aufgezeigt, wie das interne Controlling im Bereich der Sozialhilfe funktioniert.

Schulabteilung

Das zweite Sorgenkind ist die Schulabteilung. Auch hier ist wiederum eine markante Steigerung des Nettoaufwandes von rund 1 Mio. Franken zu verzeichnen. Vergleicht man das Ergebnis mit der Vorjahresrechnung, dann ist die Differenz nicht ganz so gross, sondern "nur" Fr. 350'000.00. Laut Schulabteilung sind die grossen Abweichungen im Budgetvergleich darauf zurückzuführen, dass beim Budgetieren einzelne Fehler gemacht worden sind. Mit einer verbesserten Organisation und optimierten Prozessen wird man schon bei der Jahresrechnung 2011 und sicher ab 2012 eine grössere Genauigkeit erreichen.

Ein ähnliches Problem wie bei der Sozialabteilung ist nach Einschätzung des Schulvorstandes auch bei der Schule festzustellen. Die kommunalen Organe haben bei nur rund 5 % der Gesamtkosten einen gewissen Spielraum, während der ganz grosse Rest primär durch den Kanton fremdbestimmt ist. Das Einfluss- und Einsparpotenzial liegt in erster Linie beim Liegenschaftsunterhalt. Die Schulraumplanung wird nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung im Gebiet Limmatfeld überarbeitet und gelegentlich wird dem Gemeinderat Bericht erstattet. In Bezug auf mögliches Sparpotenzial hat die RPK auf Optimierungsmöglichkeiten im Bereich Materialeinkauf und Kauf bzw. Leasing von Bürogeräten hingewiesen.

Infrastrukturabteilung

Beim Rechnungsergebnis der Werkabteilung, die zwischenzeitlich in Infrastrukturabteilung umbenannt worden ist, darf zur Abwechslung einmal von einer Ziellandung gesprochen werden. Gegenüber der Vorjahresrechnung ist der Nettoaufwand nämlich fast genau gleich gross und im Vergleich zum Budget liegt er sogar knapp Fr. 80'000.00 tiefer. Wie schon bei der Gesundheitsabteilung ist das Thema Littering auch bei der Infrastrukturabteilung aufgetaucht, namentlich im Zusammenhang mit den regelmässig auftretenden massiven Verunreinigungen rund um die Stadthalle, wenn dort am Wochenende private Anlässe stattfinden. Für den städtische Reinigungsaufwand erfolgen keine Zahlungen seitens Dritter bzw. der Stadthallengenossenschaft, aber der bestehende Baurechtsvertrag mit der Genossenschaft wird derzeit überarbeitet und das Thema Reinigung von öffentlichem Grund zur Sprache gebracht.

Präsidialabteilung / Tiefbauabteilung

Schliesslich hat der Stadtpräsident über das Rechnungsergebnis von Präsidial- und Tiefbauabteilung informiert. Bei einer Budgetunterschreitung von rund Fr. 120'000.00 darf auch bei der Präsidialabteilung fast von einer Ziellandung gesprochen werden. Geprägt worden ist die Rechnung durch die kommunalen Erneuerungswahlen, umfangreiche Strategie- und Leitbildarbeiten sowie die Reorganisation der Stadtverwaltung.

In der Tiefbauabteilung ist eine leichte Budgetüberschreitung von knapp Fr. 35'000.00 zu verzeichnen. Diese steht nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Stadtplanungsamtes, das schon Mitte 2010 die Arbeit hätte aufnehmen sollen, aber schliesslich erst am 1. November operativ tätig geworden ist.

Die Rechnungsprüfungskommission empfiehlt dem Gemeinderat, die vorliegende Jahresrechnung 2010 zu genehmigen.

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

Diskussion:

Roger Bachmann erklärt im Namen der SVP-Fraktion, dass die Jahresrechnung in diesem Jahr zum ersten Mal nach den neuen Bestimmungen der Verordnung über den Gemeindehaushalt geprüft worden ist. Der eingeschlagene Weg macht Sinn. Trotzdem ist festzuhalten, dass die Mehrkosten für die technische Prüfung nur teilweise kompensiert werden. Wenn man sich den Prüfumfang und den Bericht anschaut, dann darf auch bezweifelt werden, dass eine Qualitätssteigerung stattfinden wird. Die Qualität der Rechnungsführung in Dietikon ist schon auf einem sehr hohen Niveau. Fraglich ist zudem, ob das Gemeindeamt für die Revisionstätigkeit über die nötige Unabhängigkeit verfügt, weil es gleichzeitig eine Aufsichtsfunktion ausübt. Der Stadtrat soll sich künftig mit Vehemenz gegen die vermeintliche Professionalisierung in verschiedensten Verwaltungsbereichen und die schleichende Untergrabung der Gemeindeautonomie und des bewährten Milizsystems zur Wehr setzen.

Die Kostenexplosion in der Sozial- und Schulabteilung führt dazu, dass man die wenigen Kosten, die im kommunalen Einflussbereich liegen, im Griff behalten muss und sich gleichzeitig gegen die stetige Lastenverschiebung von Bund und Kanton zur Wehr setzt. Hier sind wirklich Allianzen mit anderen Gemeinden und Städten mit ähnlichen Problemen zu schmieden und Lobbying zu betreiben. Die Verantwortung in Bezug auf die Ausgabendisziplin liegt bei den politischen Organen. Der schwarze Peter darf nicht einfach der Verwaltung zugeschoben werden. In der Pflicht sind also vor allem die Sozialbehörde und die Schulpflege. Wenn über das interne Controlling bei der Sozialabteilung mehr bekannt wäre, könnte damit dem Misstrauen in weiten Teilen der Bevölkerung und Politik entgegengewirkt werden.

Bei den steigenden Sozialkosten ist eines der grössten Probleme, dass sich der Kanton Zürich bei der Bemessung der Lebenshaltungskosten bedingungslos auf die SKOS-Richtlinien stützt, während das z. B. im Kanton Aargau nicht der Fall ist. Das ist ein klarer Standortnachteil für Dietikon. Mit dem neuen Finanzausgleich, der ab nächstem Jahr eingeführt wird, spielen Faktoren wie Ausländeranteil oder Arbeitslosenquote, die für Dietikon im Sozial- und Bildungsbereich wesentlich sind, grundsätzlich überhaupt keine Rolle, was absolut stossend ist. Die Entwicklungen müssen im Auge behalten werden. Dietikon muss sich entsprechend wehren und selbstbewusster auftreten. Dazu gehört auch eine offensivere Kommunikationspolitik in sämtlichen Verwaltungsbereichen.

Die SVP-Fraktion stimmt der Jahresrechnung 2010 zu.

Rosmarie Joss (SP), stellt fest, dass die Rechnung 2010 abgeschlossen werden konnte wie schon manche Rechnung vorher. Bei der Budgetierung hat man den Teufel an die Wand gemalt. Der Rechnungsabschluss präsentierte sich dann aber wesentlich besser. Der Stadtrat hat sich zusammen mit dem Gemeinderat entschlossen, den Steuerfussausgleich zu beantragen, den man dann doch nicht beanspruchen musste. Das Rechnungsergebnis ist zwar gut, aber man fragt sich, warum man sich immer wieder - durch das Steuerfussausgleichs-Gesuch - beschneiden lassen will. Nicht alle Investitionen können realisiert werden, die nötig wären, wie z. B. beim Zentralschulhausplatz. Die Steuereinnahmen sind nicht leicht vorhersehbar. Dennoch stellt sich die Frage, ob eine noch genauere Vorhersage nicht doch möglich ist. Man könnte bei Firmen nachfragen, was ihre Erwartungen für das künftige Jahr sind und sich nicht nur an die Aussagen des Kantons halten. Bei den Sozialausgaben ist zu bedenken, dass die Unterstützung der Sozialhilfeempfänger ein ihnen zustehendes gesetzliches Grundrecht ist. Die Verschiebung weiterer Lasten von Bund und Kanton auf die Gemeinden sollte mit mehr Solidarität unter den Gemeinden verhindert werden.

Christiane Ilg (EVP) bedankt sich für die korrekte und saubere Rechnungsführung. Die erhebliche Abweichung im Schulbudget zeigt, dass die letztjährige Hoffnung, dass die Schule in Zukunft genauer budgetiere, nicht eingetreten ist. Einige Positionen wurden schlichtweg vergessen, wie z. B. die Betriebskosten für das Computerkonzept. Die Kostenverschiebung vom Kanton zu den Gemeinden macht auch nicht vor dem Friedensrichteramt halt. Für die Umsetzung der neuen Zivilprozessordnung mussten Kurse besucht werden und es war mehr Arbeitszeit nötig. Nicht nur Stadt-

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

räte, sondern auch Gemeinderäte sollen sich gegen die Umgestaltungen und Umstrukturierungen wehren.

Max Wiederkehr (CVP) stellt fest, dass auch die CVP die von der Finanzabteilung präsentierte Jahresrechnung zur Kenntnis genommen hat. Die Budgetvorgaben sind von den einzelnen Ressorts recht gut eingehalten worden. Die Sozialabteilung und die Schule weisen die grössten Abweichungen auf. Da ist sicherlich noch Verbesserungspotenzial vorhanden. Die Rechnung ist sauber geführt worden. Das wurde der Stadt nach einer vertieften Prüfung auch vom Kanton bestätigt. Die CVP bedankt sich bei allen Beteiligten und wird die Rechnung genehmigen.

Martin Romer (FDP) erklärt, dass es grundsätzlich erfreulich ist, dass die Gesamtrechnung mit 6.7 Mio. Franken besser abschliesst. Allen Beteiligten wird dafür bestens gedankt. Es ist aber nicht neu, dass vor allem zwei Abteilungen Sorgen bereiten. Wenn wir den regelmässigen Kostensteigerungen im Sozialbereich nicht Einhalt gebieten können, werden die Stadtfinanzen selber zum Sozialfall, spätestens, wenn der Steuerfuss nach oben frei wird. Vor diesem Hintergrund ist äusserst besorgniserregend, dass der Rat an der letzten Sitzung ein Postulat für die Analyse der Sozialabteilung abgelehnt hat. Die Handlungsfreiheit der Stadt wird mit diesem Fass ohne Boden von Jahr zu Jahr kleiner. Das Budget 2011 sieht bereits die nächste Kostensteigerung von 4.8 Mio. Franken vor.

Ressortvorstand und Abteilungsleiter im Bereich Schule sind aktuell damit beschäftigt, die absolut wichtigsten organisatorischen Angelegenheiten auf die Reihe zu bringen. Das entspricht wohl der Spitze des berühmten Eisbergs. Vor dem Hintergrund der vergessenen gegangenen Budgetierung der Betriebskosten für das Computerkonzept in der Höhe von Fr. 526'980.00 ist die gesamte Budgetüberschreitung von rund 1.3 Mio. Franken wohl das blaue Auge, mit dem die Stadtfinanzen davon kommen. Dem Duo an der Spitze der Schulabteilung ist zu wünschen, dass sie mit Kraft und Entschlossenheit auch die restlichen zwei Drittel des Eisberges ans Licht bringen können.

Die FDP-Fraktion stimmt der Jahresrechnung zu.

Lucas Neff (Grüne) meint, dass bereits alles gesagt ist, was erwähnenswert war. Es gibt nichts, wogegen widersprochen werden muss. Bei den beiden Abteilungen, die Probleme aufweisen, sind Lösungsansätze ebenfalls schon genannt worden. Bezüglich Finanzen sollte der Stadtrat gegenüber dem Bund und Kanton eine Abwehrstrategie entwickeln.

Finanzvorstand Rolf Schaeren kann den Dank an die RPK für die gute Beratung der Jahresrechnung zurückgeben. Die wichtige Aufgabe des Budgets ist es, zahlenmässig Grundlagen zu liefern, damit der Steuerfuss festgelegt werden kann. Weil Dietikon sich im Bereich des Maximalsteuerfusses befindet, kann nicht von einem zu hohen Satz gesprochen werden. Warum lassen wir uns vom Kanton beschneiden? Der Steuerfussausgleich ist eine Art Versicherung. Es ist ein Zugeständnis, dass der Kanton 3.5 Mio. Franken zur Verfügung stellte, wenn die Rechnung schlecht abgeschlossen hätte. Ein solches Angebot nicht anzunehmen wäre ziemlich fahrlässig. Der bessere Abschluss ist nicht primär darauf zurückzuführen, dass man auf der Ausgabenseite schlecht budgetiert hat. Die Einnahmen haben sich anders entwickelt als vorgesehen. Es war demzufolge richtig, dass der Steuerfussausgleich beantragt wurde. Anlässlich der Klausur des Stadtrates diese Woche waren auch die gestiegenen Kosten im Sozialbereich ein Thema. Wir sind der Meinung, dass jede Abteilung einen Beitrag leisten muss. Die Budgetierung 2012 steht bereits an. Es wird versucht, die Steuereinnahmen für das kommende Jahr noch besser vorherzusehen.

Nachdem bei der Detailberatung der Rechnung 2010 keine weiteren Voten abgegeben wurden, lässt der Ratspräsident über die Genehmigung der Rechnung abstimmen.

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig:

Die nachstehende Jahresrechnung 2010 der Stadt Dietikon wird genehmigt.

a) Laufende Rechnung

Aufwand	Fr.	177'236'964.17
Ertrag	Fr.	176'908'015.37
Ertragsüberschuss	Fr.	328'948.80

b) Investitionsrechnung

Nettoinvestitionen	Fr.	15'415'955.67
Verwaltungsvermögen	Fr.	3'337'311.53
Ausgabenüberschuss Finanzvermögen	Fr.	8'958'260.33
Finanzierungsüberschuss II	Fr.	

c) Bilanz

Aktiven und Passiven je	Fr.	206'380'907.35
Eigenkapital	Fr.	74'231'400.93
Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen	Fr.	14'239'734.17

Rechtsmittel:

Gegen diesen Beschluss kann nach § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 21 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz innert 30 Tagen seit amtlicher Publikation schriftlich und begründet Beschwerde beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Bezirksrat Dietikon, Bahnhofplatz 10, 8953 Dietikon;
- Finanzabteilung (3 Expl.);
- Stadtrat.

L2.7.FonF. Schwimmbad Fondli, Freibad

Gesamtsanierung Becken, Technik und Umgebung

Kredit

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, Folgendes zu beschliessen:

1. Für die Gesamtsanierung von Becken, Technik und Parkanlage des Freibades Fondli wird ein Kredit in der Höhe von Fr. 8'360'000.00 bewilligt.
2. Für die Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung im Freibad Fondli wird ein Kredit in der Höhe von Fr. 1'100'000.00 bewilligt.
3. Der Beschluss für die Gesamtsanierung von Becken, Technik und Parkanlage unterliegt dem obligatorischen Referendum.
4. Der Beschluss für die Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung unterliegt dem obligatorischen Referendum.

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

5. Eine Beschwerde gegen diesen Entscheid kann innert 30 Tagen ab amtlicher Publikation schriftlich und begründet beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Erläuterungen

Ausgangslage und Zielsetzungen der Sanierung

Nach mehreren Anläufen mit verschiedenen Projekten wurde 1948 "im Fondli" ein Kunstschwimmbad erbaut, dessen Kosten zum Teil aus Bundesbeiträgen für die Beseitigung der Festungsanlagen des Zweiten Weltkriegs gedeckt wurden. Infolge der schnellen Entwicklung Dietikons wurde das Freibad bereits Ende der 1950er und Anfang der 1970er Jahre erweitert.

Das Freibad muss dringend saniert werden, weil die Badwasseraufbereitungsanlagen aus den 1970er Jahren stammen und mit knapp 40 Betriebsjahren ihre maximale Lebensdauer erreicht haben. Ersatzteile können teilweise nicht mehr beschafft werden, der zeitliche und finanzielle Unterhaltsaufwand, unter anderem für den Komponentenersatz, steigt jährlich und der Kanton erteilt die Betriebsgenehmigung nur mehr provisorisch und im Hinblick auf eine Sanierung. Der Zustand der ältesten Technikgebäude ist prekär.

Die Stadt Dietikon zählte Ende 2010 23'424 Einwohnerinnen und Einwohner und wird in den nächsten Jahren weiter wachsen. Diesen soll auch in Zukunft ein zeitgemässes Freibad als Sport- und Freizeitangebot für alle Altersstufen zur Verfügung stehen.

Dafür müssen Technik und Becken saniert und den heutigen Vorschriften zur Sicherheit, Wassermwälzung und Durchströmung angepasst werden. Gleichzeitig mit der Sanierung wird die Parkanlage sanft überholt. Ausserdem soll das Gesamtangebot des Freibads ergänzt werden, um heutige Freizeitbedürfnisse besser abzudecken und das Fondli als Familienbad aufzuwerten. Insbesondere für Kinder und Jugendliche sollen mehr Wasserflächen sowie Spiele und Attraktionen bereitgestellt werden, die durch die erwarteten Mehreinnahmen amortisiert werden können.

Übersicht Sanierungsbedarf

In der nachstehenden Auflistung sind die im Rahmen der technischen Sanierungen und Pflege der Park- und Spielanlagen zur Aufrechterhaltung des Betriebes erforderlichen, aufgelaufenen Sanierungsmassnahmen und Erneuerungen zusammengestellt:

- Gesamterneuerung der Badwassertechnik-Anlagen und Verrohrungen, inklusive Anpassungen an aktuelle SIA-Normen mit deutlich höheren Umwälzleistungen;
- Einbindung der Wasseraufbereitung des Planschbeckens;
- Teilsanierung bzw. Stilllegung und Ersatz der entsprechenden (teils unterirdischen) Gebäude;
- Sanierung von Nichtschwimmer-, Schwimmer- und Sprungbecken inkl. Überlaufrinnen;
- Erneuerung Wettkampfeinrichtungen im Schwimmerbecken;
- Vergrösserung des Nichtschwimmerbeckens aufgrund Planungsrichtwerten;
- Aufheben der nicht an den Filterkreislauf angeschlossenen Durchschreibebecken;
- Erneuerung der Beckenumgänge und Hartflächen nach Bauarbeiten für Rinnen, Verrohrungen, inklusive Liegeterrassen beim Schwimmerbecken;
- Anpassungs- und Unterhaltsarbeiten bei Sprungturm, Beschichtung Planschbecken, Kanalisation;
- Definitive PCB-Sanierung Erdreich und Rasenflächen;
- Pflegeschnitte und Ersatz bruchgefährdeter Bäume;
- Instandsetzungen bzw. Erneuerungen von Stützmauern, Wegnetz und Aussenmöblierungen inklusive Abbruch Tartanbahn;
- Erneuerung des Spielplatzes beim Planschbecken mit Anpassung an Sicherheitsanforderungen;
- Sanierung von Grillplatz und Ersatz der Tischtennisanlage;

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

- Sonnensegel als Schattenspender bei Spielbereichen und Grillplatz;
- Diverse Anpassungs- und Unterhaltsarbeiten (Abfallsammlung, Lautsprecheranlage und Zäune).

Angebotsanalyse und Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung

Die Analyse des "Fondli" und Vergleiche mit umliegenden oder ähnlich grossen Bädern ergaben, dass die Gesamtwasserflächen (inkl. Hallenbad) zwar für die heutige Einwohnerzahl Dietikons genügen und die Kleinkinder- sowie Sportschwimmerbereiche relativ gut abgedeckt sind, für Kinder und Jugendliche aber sowohl Wasserflächen als auch Spiele und Attraktionen unzureichend sind. Deswegen sollen als wichtigste Neuerungen das Nichtschwimmerbecken vergrössert, ein Strömungskanal angefügt sowie eine Rutschbahn und im Sprungbecken eine Kletterwand erstellt werden, um vielfältige Bewegungs- und Erfahrungsmöglichkeiten zu bieten. Dezentral platzierte Angebote wie Spiele auf der Hallenbadterrasse, das Beachvolleyballfeld oder der erneuerte Kinderspiel- und Grillplatz runden das Angebot ab. Es bleiben aber auch ruhige Liegebereiche bestehen.

Badwasseraufbereitung und Technikräume

Seit dem Jahr 2007 werden für die bisher zur Filterung des Badwassers verwendeten Kieselguranschwemmanlagen Absetzbecken gefordert. Die vorhandenen Technikräume im Hallenbad und beim Sprungbecken müssten dafür um relativ teure, tief liegende Bauvolumen vergrössert werden. Weil die Sicherheitsauflagen bei Anwendung von Kieselgur aufwendig sind und das Filtergut oft ersetzt werden muss, soll bei etwa identischen Investitionskosten entgegen früheren Absichten auf grössere Sandfilter umgestellt werden.

Dafür reichen die bestehenden Technikräume nicht aus. Anstatt diese zu sanieren und zu vergrössern soll im Zentrum des Bades, südwestlich des Schwimmerbeckens, ein neuer Filterraum erstellt werden. Der stark sanierungsbedürftige Pumpenraum mit Ausgleichsbecken im Südosten wird stillgelegt und der heutige Filterraum beim Sprungbecken zu einem Lagerraum für Betriebszubehör und Utensilien des Wassersportklubs umfunktioniert. Technik- und Lagerraum erhalten überirdische Zugänge. Der für die Anlieferung optimale Chemieraum beim Parkplatz bleibt erhalten, die Desinfektion wird allerdings von Chlorgas auf einfacher zu handhabendes Granulat umgestellt.

Wassertemperaturen und Energiekonzepte

Im Freibad Fondli können dank solarer Wassererwärmung durch die Mattenanlage auf dem Stadthallendach und zwei Filterkreisläufen Grundtemperaturen von 22-23°C im Schwimmer- und Sprungbecken bzw. 25°C im Nichtschwimmerbecken angeboten werden. Das Planschbecken ist seit seiner Erstellung am Hallenbadkreislauf angeschlossen, womit eine Wassertemperatur von 28-29°C erreicht wird. Neu soll das Kleinkinderbecken mit dem Aussen-Nichtschwimmerbecken mit 25°C zusammengeschlossen und bei Bedarf dessen Wasserumwälzung manuell auf den Kreislauf des Hallenbades mit 29°C umgestellt werden. Auf diese Weise wird der Verbrauch nicht erneuerbarer Energie auf ein Minimum reduziert.

Naturfilterung

Der vorberatende Planungsausschuss und der Stadtrat haben sich intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, ob im Freibad Fondli ganz oder teilweise auf eine Naturfilterung umgestellt werden soll. Für eine vollbiologische oder Naturfilterung spricht, dass auf die üblichen Chemikalien zur Wasserdesinfektion und Filteranlagen verzichtet werden kann. Stattdessen wird das Badewasser in separaten Aufbereitungsbecken bzw. Retentionsweihern mithilfe von Kiesfiltern, allenfalls Wasserpflanzen und Mikroorganismen, biologisch-mechanisch gereinigt.

Von Nachteil ist, dass die Naturfilterung grosse Flächen beansprucht. Bei einem mittleren Besucherandrang würden 1'500 m² bzw. ein Drittel der oberen Liegefläche beansprucht. Auch wenn die

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

Frischwasserzufuhr bei Bedarf auf die 2.5-fache Menge erhöht würde, wäre die Kapazität der Aufbereitung auf 1'060 Badegäste pro Tag beschränkt. An Spitzentagen werden jedoch 2'500 Gäste gezählt. Bei Naturfiltration ist mit Trübungen des Wassers und vermehrter Algenbildung in den Becken zu rechnen. Dies erschwert die Aufsicht des Badpersonals und führt rasch zu rutschigen Belägen auf Stufen und Beckenböden. Zudem muss die Retentionsanlage das ganze Jahr unterhalten bzw. von organischen Stoffen wie Blättern gereinigt werden. Nahestehende Bäume müssen gefällt werden.

Da zudem mit dem Egelsee ein natürlicher See vorhanden ist in Schlieren ein Freibad bald mit "vollbiologischer" Wasseraufbereitung geplant ist, hat sich der Stadtrat entschieden, diese Sanierungsvariante nicht weiterzuverfolgen.

Sanierungen Becken und Umgänge

Die Becken im Freibad sind mit Ausnahme des Planschbeckens, das 2004 saniert wurde, aufgrund ihres Alters und der hohen Beanspruchungen in mangelhaftem Zustand. Um die aktuellen Normen für die Badwasseraufbereitung zu erfüllen, müssen zusätzlich zu den dringenden Betonsanierungen grosse Eingriffe in die Rohbaustruktur vorgenommen werden. Neben den Filtern und Pumpen müssen auch die Badwasserleitungen und Überlaufrinnen auf die 2.5-fache Umwälzleistung gegenüber heute ausgelegt werden. Die geforderten gleichmässigen Beckendurchströmungen erreicht man am besten mit allseitig umlaufenden, hoch liegenden Rinnen ausserhalb des Beckens.

Obwohl die Erstinvestitionen für eine Beckensanierung mit Chromstahlbecken bis zu 50 % bzw. 1.0 Mio. Franken höher sind als bei Betonsanierungen mit Farbanstrichen oder Folienauskleidungen, wird der anfängliche Mehraufwand trotz Zinsbelastung ausgeglichen, sobald man die erwarteten Lebenszyklus- bzw. Ersatz- und Reparaturkosten vergleicht. Edelstahlbecken erreichen ohne Weiteres eine Gebrauchsdauer von 50 - 60 Jahren, während Betonbecken alle 3-4 Jahre neue Anstriche brauchen und Folien alle 15 - 20 Jahre ersetzt werden müssen. Auch die laufenden Reinigungs- und Unterhaltskosten sind deutlich tiefer anzusetzen. Edelstahlbecken werden deswegen heute als "Stand der Technik" angesehen. Die Vergrösserung und teilweise Vertiefung des Nichtschwimmerbeckens wie auch die Verlängerung des Schwimmerbeckens zur Homologisierung lassen sich relativ günstig bewerkstelligen.

Wasserrutschbahn

Wasserrutschen sind ein wichtiger Angebotsschwerpunkt in einem modernen Freibad. Es wurden unterschiedliche Standorte und Arten von Rutschen begutachtet und geprüft. Wichtige Kriterien waren der technische und bauliche Aufwand, die Einsehbarkeit für das Badpersonal, die Entflechtung von Zirkulationswegen und Nutzungen sowie die Integration in die Parkanlage. Eine Flächenrutsche würde die Gesamtanlage dominieren und die markante Linde an diesem Ort müsste entfernt werden. Aus diesem Grund wird eine 80 m lange, offene Röhrenrutsche mit separatem Landebecken beim Hügelkamm nordöstlich des Schwimmerbeckens bevorzugt, welche zudem die Topografie optimal ausnützt.

Parkanlage, Baumpflege und PCB-Sanierung

Die Parkanlage soll weitgehend erhalten bleiben, einige Pflanzungen und Bodenbeläge fallen jedoch den Bauarbeiten zum Opfer und werden neu gestaltet. Die defekte Tartanbahn bei der Spielwiese wird entfernt, die asphaltierte Zufahrt zugunsten des Grillplatzes teilweise verlegt. Einige Bäume müssen aufgrund ihres schlechten Zustandes gefällt werden.

In den 1950er bis 1970er Jahren wurden in Schwimmbädern zum Schutz des Betons Anstriche verwendet, die Polychlorierte Biphenyle (PCB) enthalten. Diese werden heute als schädlich eingestuft. Im Jahr 2007 wurden deshalb als kurzfristig realisierbare Abhilfe die betroffenen Bereiche der Liegewiesen mit unbelastetem Rollrasen überdeckt. Das kontaminierte Erdmaterial soll nun gemäss

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

einem von der Fachstelle für Bodenschutz des Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) genehmigten Konzept umfassend ausgehoben, entsorgt und ersetzt werden.

Finanzbedarf

Für die Sanierungen ist mit Kosten in der Höhe von Fr. 8'360'000.00 zu rechnen. Dazu kommen mögliche Attraktionen, zum Preis von Fr. 1'100'000.00, die in der unten stehenden Zusammenstellung mit allen notwendigen Nebenarbeiten aufgeführt sind.

<i>Sanierungsmassnahmen</i>	<i>Kostenschätzung</i>
- Beckensanierungen in Edelstahl, Ausbesserungen Planschbecken	Fr. 3'113'000.00
- Vergrösserung Nichtschwimmerbecken um 300 m ² ,	Fr. 348'000.00
- Wasseraufbereitung (Technik, Gebäude, Kanalisation, Solarleitungen)	Fr. 2'691'000.00
- Sondierungen und Vorbereitungsarbeiten	Fr. 95'000.00
- Umgebungsarbeiten inkl. Bepflanzungen	Fr. 924'000.00
- PCB-Sanierung (Anforderungen AWEL)	Fr. 227'000.00
- Sonnensegel Kleinkinder- und Nichtschwimmerbecken, Grill, Spielecke	Fr. 90'000.00
- Sanierung Spielplatz und Grillplatz sowie Ersatz Tischtennis bei Hallenbad	Fr. 71'000.00
- Honorare, Nebenkosten und Reserve	<u>Fr. 801'000.00</u>
<i>Total Sanierungsmassnahmen</i>	<i>Fr. 8'360'000.00</i>

<i>Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung</i>	<i>Alter der Hauptnutzenden</i>	
- Strömungskanalbau Nichtschwimmerbecken	10-18	Fr. 333'000.00
- Luftsprudelplatte in Nichtschwimmerbecken	7-18	Fr. 39'000.00
- Wasserschirm in Nichtschwimmerbecken	10-18	Fr. 45'000.00
- Schwallduschen zu Nichtschwimmerbecken	10-99	Fr. 50'000.00
- Wasserrutschbahn mit Landebecken bei Schwimmerbecken	7-18	Fr. 338'000.00
- Kletterwand in Sprungbecken	10-99	Fr. 70'000.00
- Homologisierung Schwimmerbecken (für Wettkämpfe)	13-99	Fr. 43'000.00
- Schach, Neunemahl und Sitzbänke bei Hallenbad (Spielecke)	10-99	Fr. 18'000.00
- Erweiterung Spielplatz bei Planschbecken	5-12	Fr. 41'000.00
- Erweiterung Grillplatz	10-99	Fr. 9'000.00
- Honorare, Nebenkosten und Reserve		<u>Fr. 114'000.00</u>
<i>Total Attraktivitätssteigerungen</i>		<i>Fr. 1'100'000.00</i>

Gesamttotal Sanierungen inklusive Attraktivitätssteigerungen *Fr. 9'460'000.00*

Alle Kostenangaben in diesem Bericht sind Schätzungen (inkl. 8.0 % MWST) mit einer Genauigkeit von ± 15 %, mit Indexstand (Zürcher Wohnbaupreise) vom 1. April 2010 von 112.2 Punkten. Den Edelstahlpreisen liegt der Tagespreis vom 1. November 2010 zugrunde. Nicht enthalten sind die Leistungen für das Vorprojekt, Auswirkungen massiver Preisschwankungen einzelner Rohstoffe, unvorhersehbare Altlasten sowie die Finanzierungs- und Bauherrenleistungen. Im Finanzplan der Stadt Dietikon sind in den Jahren 2011 bis 2013 Fr. 9'200'000.00 enthalten.

Folgekosten und Wirtschaftlichkeitsberechnung Attraktionen

Die Investitionskosten werden jährlich mit 10 % des Restbuchwertes abgeschrieben. Für die Verzinsung wird von einem Wert von 3 %, für die Betriebs- und Unterhaltskosten von 2 % ausgegangen.

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

Wegen der grösseren Umwälzleistungen ist ein höherer Stromverbrauch zu erwarten, jedoch ein geringerer Ölverbrauch zur Erwärmung des Kinderplanschbeckens. An Spizentagen wird ein zusätzlicher Badmeister zur Aufsicht bei den Attraktionen eingesetzt werden müssen. Da die Pflege der Becken und die nötigen Wartungsarbeiten vor Saisonbeginn deutlich einfacher werden, wird der jährliche Personalaufwand jedoch kaum steigen.

Die Kosten von Fr. 1'100'000.00 für die Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung sollen durch Ertragsverbesserungen finanziert werden. Heute verzeichnet das Bad pro Sommersaison 60'000-66'000 Eintritte und Einnahmen von durchschnittlich Fr. 260'000.00. Freibäder mit mehr Angeboten für Kinder und Jugendliche kommen auf deutlich mehr Badegäste. So kann aufgrund der Angebotsausweitung von mindestens 20'000-25'000 zusätzlichen Eintritten pro Sommer ausgegangen werden, was bei der aktuellen Preisstruktur Mehreinnahmen von Fr. 80'000.00-100'000.00 erwarten lässt. Zudem sollen die Eintrittspreise in Anlehnung an die Preise der umliegenden Bäder moderat erhöht werden, was weitere Fr. 30'000-50'000.00 einbringt. Insgesamt ergeben sich also Mehreinnahmen von Fr. 110'000-150'000.00. Legt man einen Zinssatz von 3 % und Betriebskosten von 4 % zugrunde, zeigt die Berechnung nach Barwertmethode, dass diese Zusatzinvestitionen nach ca. 12 bis 20 Jahren rentabel werden.

Genehmigung Gemeindeamt und Subventionen

Die Stadt Dietikon hat beim Kanton für das Jahr 2011 ein Gesuch um Steuerfussausgleich gestellt. In diesem Zusammenhang hat das kantonale Hochbauamt das Vorprojekt zur Freibadsanierung geprüft. Die Sanierung wird befürwortet. Die Sanierungskosten von Fr. 8'300'000.00 (inkl. Vergrösserung des Nichtschwimmerbeckens) gelten gemäss Subventionspraxis als anrechenbare Kosten. Nicht anrechenbar sind Gebühren und Reserven sowie rund Fr. 750'000.00 (inkl. Nebenarbeiten und Honorare) für den Strömungskanal und die Wasserrutschbahn. Diese Zusatzangebote werden jedoch durch höhere Einnahmen amortisiert und tragen zur Standortattraktivität der Stadt Dietikon bei.

Während das Hallenbad Fondli für den Schwimmunterricht der Primarschule vorbehalten bleibt, benutzt die Oberstufe Dietikon auch das Freibad. Aufgrund der Gesamtzahl von Schulklassen bzw. Turn- und Schwimmhallen wird aber kein Staatsbeitrag ausgerichtet. Vom Sport-Toto-Fonds wird ein Beitrag für die Wettkampfausstattung und Homologisierung des Schwimmerbeckens erwartet.

Weiteres Vorgehen / Grobterminplan

Bei den vorgesehenen Arbeiten handelt es sich vorwiegend um aufgelaufene Sanierungsmassnahmen und notwendige Erneuerungen, die Bedingung für eine weitere Betriebsgenehmigung darstellen. Die Kosten für die Zusatzattraktionen liegen in der Kompetenz des Gemeinderates. Dennoch möchte der Stadtrat sowohl die Sanierungsmassnahmen als auch die zusätzlichen Attraktionen gesondert dem Referendum unterstellen. Angestrebt wird eine Volksabstimmung im September 2011, damit im September 2012 mit den Bauarbeiten begonnen werden kann. Ziel für die Wiedereröffnung des erneuerten Freibades ist der Saisonbeginn 2013.

Referentin RPK: Rosmarie Joss

Rosmarie Joss (SP) stellt fest, dass kurz vor dem 2. Weltkrieg die damaligen Verantwortlichen der Gemeinde Dietikon die Idee hatten, dass man das Geld für den Abbruch der Festungsanlagen nicht für die Beseitigung investieren sollte, sondern als Investition für ein Bad. Das war 1948. Seit dem Bau des Bades wurde praktisch nichts mehr investiert. Man muss heute also die Badi sanieren oder abbrechen. Der Stadtrat hat sich für die Sanierung entschieden. Vergleichsanlagen wurden beabsichtigt. Nebst den erforderlichen Sanierungen stellt sich auch die Frage der Attraktivität. Die heutige Badi ist für kleine Kinder gut geeignet. Ein entsprechendes Angebot für grössere Kinder fehlt allerdings. Die Vorlage an den Gemeinderat beinhaltet dementsprechend auch einen Kredit für die Attraktivitätssteigerung. Die Sanierung beinhaltet unter anderem die Installation eines Chromstahl-

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

beckens. Dazu wurden weitere Varianten geprüft. Die Chromstahlbecken sind zwar etwas teurer, die Lebensdauer dafür aber wesentlich länger. Die RPK hat sich über das Projekt ausführlich informiert. Die Einrichtung eines Biobades wurde geprüft, aber es zeigte sich, dass eine solche Idee nicht realisierbar ist. Es wird auch eine nachhaltige Energieversorgung angestrebt. Die notwendigen Sanierungsmassnahmen kosten 8.36 Mio. Franken. Der zweite Teilkredit beinhaltet die Attraktivitätssteigerung. Das gesamte Konzept hat die RPK überzeugt, weshalb sie den Antrag für den Gesamtkredit unterstützt.

Diskussion:

Rosmarie Joss (SP) erklärt, dass sie erleichtert darüber ist, dass es in Dietikon eine Badi gibt. Es ist schade, dass ein Biobad nicht realisiert werden kann. Die Besucherkapazitäten zu verringern wäre aber nicht gut. Die SP befürwortet auch stark das vorgesehene System der Wasseraufbereitung. Dem Kreditantrag wird zugestimmt.

Stephan Wittwer (SVP) stellt einen Rückweisungsantrag zum Geschäft "Gesamtsanierung Becken, Technik und Umgebung". Die Haltung der Grünen erstaunt sehr, wenn man den steigenden Energieverbrauch der neuen Anlage betrachtet. Die Vorlage ist offenbar einstimmig in der RPK verabschiedet worden. Die Grünen reden von Energiesparen und 2000-Watt-Gesellschaft, haben aber gegen das Projekt nichts einzuwenden. Alle neu vorgesehenen Geräte für die Attraktivitätssteigerung benötigen Strom. Am 7. April 2011 hat der Gemeinderat einstimmig den Gegenvorschlag des Stadtrates als Antwort auf die Initiative "Umweltschutz konkret" angenommen. Man hat der Rezertifizierung Energiestadt und Anstreben des Goldlabes im Jahr 2015 zugestimmt. Im Zeitalter, indem sich Bundesrat und Parlament von AKW's verabschieden und in Nachbarländern solche Anlagen bereits abgeschaltet werden, will man in Dietikon solche Vorlagen bewilligen. Stephan Wittwer steht zur Badi im Fondli, aber nur unter der Bedingung, dass mit all den vorgesehenen Massnahmen nicht mehr Strom verbraucht wird, als zum jetzigen Zeitpunkt; lieber eigentlich weniger. Deshalb soll das Projekt vom Stadtrat überarbeitet werden. Nur so kann ein grösserer Stromverbrauch für diese Anlagen noch korrigiert werden.

Ratspräsident René Stucki erklärt, dass über den Rückweisungsantrag als Ordnungsantrag sofort abgestimmt werden muss und eine Diskussion im Moment höchstens noch über die Rückweisung möglich ist.

Ernst Joss (AL) stellt fest, dass es richtig ist, wenn man Energie sparen will. Andererseits ist Dietikon ein "Wirtschaftsstandort mit Lebensqualität". Die Badi soll aufrecht erhalten werden. Wenn man die Attraktivitätssteigerungen aber nicht will, muss man das Bad schliessen. Dann fahren die Leute ins Alpamare, was auch nicht energiesparend ist. Wir brauchen eine attraktive Badi in der Stadt. Demzufolge ist es falsch, den Kredit zurückzuweisen.

Lucas Neff (Grüne) bemerkt, dass die Einrichtung einer Biobadi wie in Schlieren ein gewisses Engagement bedingt. Weil das nicht vorhanden ist, können wir kein solches Bad bauen. Eine Sommerbadi in Dietikon ist aber gut. Man kann eine Sommerbadi auch energieneutral betreiben. Man könnte beispielsweise Sonnenkollektoren einsetzen und damit das Bad wärmen. Die Anliegen von Stephan Wittwer sind von der Begründung her grundsätzlich richtig. Wenn die Badi zerfällt und nicht mehr nutzbar ist, haben wir aber das grössere Problem. Man könnte aber weitergehend zusammen mit der SVP eine Eingabe vorbereiten, um weitere energetische Massnahmen vorzuschlagen.

Stephan Wittwer (SVP) stellt fest, dass er zur Badi steht. Die Aussagen von Lucas Neff sind zwar richtig, das Projekt ist aber eine Mogelpackung. Es können durchaus mehr Sonnenkollektoren vorgesehen werden. Dazu müsste das Geschäft aber zurückgewiesen werden.

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

Abstimmung Rückweisungsantrag:

Der Rückweisungsantrag von Stephan Wittwer wird mit 4 : 27 Stimmen abgelehnt.

Martin Romer (FDP) stellt fest, dass die Badi entweder für immer geschlossen werden muss, weil sie mittlerweile weder den technischen Anforderungen noch dem breiten Interesse der Einwohner entspricht, oder zu sanieren ist. Die vorgeschlagenen Sanierungsarbeiten und die Attraktivitätssteigerung machen Sinn und scheinen gut durchdacht und abgewogen. Es stellt sich auch die Frage, was die Volksgesundheit kosten darf. Dies lässt sich zwar nicht beziffern, aber eine attraktive Badi steuert mehr zur Gesundheit bei als keine Badi. Jugendliche, welche die Badi besuchen, bewegen sich und man hat sie von der "Strasse" weggeholt. In der RPK wurde auch über das Submissionsverfahren gesprochen. Es ist zu hoffen, dass dieses nach den rechtlichen Vorgaben erfolgen wird. Die Projektleitung ist - unter grossem Zeitdruck - verpflichtet, das Projekt und die Kosten im Griff zu haben, sodass die Investitionen letztlich nicht wortwörtlich ins Wasser fallen.

Max Wiederkehr (CVP) stellt fest, dass bei Ausgaben von fast 10 Mio. Franken und der aktuellen finanziellen Situation der Stadt Dietikon möglicherweise nicht alle einverstanden sind. Die Alternative ist aber, die Badi vergammeln zu lassen und dann abzubrechen. Es ist schade, dass der Rückweisungsantrag nicht schon bei der Beratung in der RPK eingebracht wurde. Die CVP will eine gute Badi. Als Wirtschaftsstandort mit Lebensqualität sollte sich Dietikon dies leisten. Bei der Besichtigung der Anlage hat man sich vom Zustand der Badi überzeugen können. Auf die Frage, ob man sich auf dem heiss werdenden Chromstahl nicht die Füsse verbrenne, wurde erklärt, dass der Chromstahl überall im Wasser liegt und daher nicht so heiss werden könne. Das gilt offenbar auch für die Einstiegsleitern. Die CVP-Fraktion stimmt dem gesamten Kreditantrag zu.

Christiane Ilg (EVP) erklärt, dass die EVP-Fraktion dem Antrag des Stadtrates zustimmt. Im Rahmen der Sanierungen kann man gleichzeitig die veraltete Technik ersetzen. Die Attraktivität unserer Badi zu steigern ist es wert, die vorgesehenen Investitionen zu tätigen. So steht das Bad auch in Zukunft allen Benützern weiterhin zur Verfügung.

Irene Wiederkehr (SVP) stellt fest, dass der Rückweisungsantrag von Stephan Wittwer nicht von der SVP gestellt wird. Die SVP spricht sich grossmehrheitlich für die Badi aus. Es ist uns bewusst, dass der Zustand der Anlage schlecht ist. Nur Dank dem grossen Einsatz des Badepersonals ist der Zustand der Badi heute noch so gut. Wir sind der Meinung, dass der Entschluss für ein Chromstahlbecken richtig ist. Alternative Varianten sind in Bezug auf die Folgekosten teurer. Die Attraktivitätssteigerungen werden hoffentlich zu den erwünschten Zunahmen der Besucherzahlen führen. Als Alternative zur Sanierung käme nur die Schliessung in Frage, was aber für die SVP nicht zur Debatte steht. Die SVP wird dem Kredit mehrheitlich zustimmen.

Hochbauvorsteherin Esther Tonini stellt fest, dass sie vom gesamten Projekt sehr überzeugt ist. Den Voten ist zu entnehmen, dass es weiterhin eine Badi braucht. Sie ist in die Jahre gekommen. Wenn nichts unternommen wird, wird die Bewilligung für das Bad durch den Kanton entzogen. Bei der zweiten Beratung in der RPK ist das Energie-Thema aufgebracht worden. Auch der Bund macht sich in letzter Zeit vermehrt grundsätzliche Gedanken zur Energie-Thematik. Im Moment benötigt die Anlage 185'000 kWh. Nach der Sanierung wird ungefähr ein Stromverbrauch von 205'000 kWh resultieren. Das sind rund 10 % mehr. Die Anlage ist insgesamt umfangreicher und die attraktivitätssteigernden Massnahmen benötigen zusätzlich Strom. Trotz diesem Mehrverbrauch beträgt der Zuwachs an Strombedarf nur 10 %. Die neuen Pumpen sind frequenzgesteuert und laufen damit nicht mehr permanent. Das kleine Planschbecken wird zukünftig am normalen Wasserkreislauf des Schwimmerbeckens angeschlossen sein. Die Installation einer Photovoltaikanlage wäre allenfalls auf dem Wohnhausdach, nicht aber beim Hallenbad möglich. Das Projekt ist sehr ausgewogen. Es entsteht ein attraktives Bad, das den heutigen Bedürfnissen entspricht.

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

Abstimmung:

1. Der Kredit für die Gesamtanierung von Becken, Technik und Parkanlage des Freibades Fondli in der Höhe von Fr. 8'360'000.00 wird mit 30 : 2 Stimmen genehmigt.
2. Der Kredit für die Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung im Freibad Fondli in der Höhe von Fr. 1'100'000.00 wird mit 28 : 3 Stimmen genehmigt.
3. Der Beschluss für die Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung wird mit 30 : 1 Stimmen dem obligatorischen Referendum unterstellt.

Rechtsmittel:

Eine Beschwerde gegen diesen Entscheid kann innert 30 Tagen ab amtlicher Publikation schriftlich und begründet beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Hochbauabteilung;
- Stadtrat.

G3.06. Konjunktur- und Wirtschaftsfragen

Dietikon Übermorgen

Postulat

Peter M. Wettler, Mitglied des Gemeinderates, und 7 Mitunterzeichnende haben am 7. April 2011 folgendes Postulat eingereicht:

"Ich lade den Stadtrat ein, eine dreiköpfige Steuerungsgruppe ("3 Weise für die Morgenstadt") einzusetzen, bestehend aus drei freiwilligen Personen aus der Stadt, die sich durch Kreativität ausgezeichnet haben. Sie sorgen dafür, dass realistische und attraktive Zukunftsvorstellungen erarbeitet werden.

Begründung: Dietikon wächst und verändert sich stürmisch. Die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Wohn- oder Arbeitsort sowie überhaupt mit dem Limmattal fällt immer schwerer. Vertrautes und Bekanntes verschwindet, materiell und immateriell, Neues und Fremdes entsteht, oft scheinbar wahl- und planlos. Daher ist es wichtig, die Zukunft in den Griff zu bekommen und sie zu gestalten. Mag sein, dass das nicht gelingt. Doch gilt die Erkenntnis von Friedrich Dürrenmatt: "Was die Zukunft wirklich bringt, das wissen wir nicht, aber dass wir handeln müssen, wissen wir."

Diese Steuerungsgruppe organisiert zum Beispiel für Fachleute und die städtische Bevölkerung eine oder mehrere Tagungen:

- an der Fachleute je zu den Themen
 - Stadtentwicklung,
 - Kultur,
 - Jugend (Schule, Ausbildung, Jugendorganisationen),
 - Integration,
 - Verkehr,

referieren und mit den Anwesenden diskutieren sowie konkrete Vorstellungen über mögliche Zukünfte der Stadt entwickeln;

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

- an der ortsansässige Unternehmer, Gewerbetreibende, die Standortförderin sowie Vertreter von Wirtschaftsverbänden ihre Zukunftsvorstellung für den Arbeitsplatz Dietikon (Werkplatz und Dienstleistungen) vorstellen und diskutieren;
- an der Kulturschaffende (bis hin zu den Landwirten) ihre Ideen einer lebendigen zukünftigen Kultur einbringen und erörtern, durchmischt mit kulturellen Darbietungen;
- an der Politikerinnen und Politiker sowie weitere Behördenmitglieder über das Wünschbare und das Machbare Vorträge halten und diskutieren, auch über Ethik und Respekt vor Andersdenkenden sprechen;
- an der Vertreter(innen) fremder Ethnien über ihre Erfahrungen und Bedürfnisse referieren und diskutieren, aufgelockert durch ihre musikalische Folklore.

Den Schluss der Tagungsreihe könnte ein farbenfrohes Stadtfest für alle, die referierten und Tagungen besucht haben, bilden. Es ermöglicht den zwischenmenschlichen Austausch, man lernt sich kennen, traut sich zu, sich da und dort einzubringen und am einen oder anderen entwickelten Projekt mitzuwirken.

Wichtig ist, dass diese Beschäftigung mit der Zukunft der Stadt Bestehendes nicht konkurrenziert, sondern es ergänzt und ihm Impulse verleiht.

Ein Gemeinwesen braucht hoffnungsvolle Zukunftsbotschaften für die Menschen in der Stadt von Morgen. Doch nur wenn es gelingt, das ganze gesellschaftliche Spektrum zum Mitmachen zu gewinnen und ins Boot zu holen, werden aus diesen Botschaften Zukunfts-boot-schaften. Und nur diese bringen Dietikon in ein hoffnungsvolles Fahrwasser."

Mitunterzeichnende:

Anton Kiwic
Angela Gullo

Catherine Peer
Samuel Spahn

Rolf Steiner
Ernst Joss

Rosmarie Joss

Begründung:

Peter M. Wettler (SP) erklärt, dass zu dieser Thematik ein riesiger Handlungsbedarf besteht. Das Limmattal befindet sich in einem tief greifenden Umbruch. Die Ära des grossen Dorfes Dietikon geht zu Ende. Es findet eine eigentliche Metropolisierung statt. Im Bereich von 200 bis 300 m links und rechts der geplanten Stadtbahn-Linienführung dürften etwa 3 Milliarden Franken private Investitionen ausgelöst werden. Das Bauen wird verdichtet und es werden wohl massenhaft Gebäude abgerissen, was bisherige Bewohnerinnen und Bewohner oder Gewerbetreibende aus Dietikon vertreibt. Wer neu nach Dietikon zieht, fühlt sich hier fremd und heimatlos. Das Postulat nimmt diese Zukunft mit neuen Bewohnerinnen und Bewohnern auf. Es werden Eckwerte für die Stadtentwicklung festgelegt, die Bedürfnisse nach kulturellen Angeboten ausgelotet oder für die Jugend Sprungbretter in die Zukunft erfunden, Geistesblitze für wirkliche Lebensqualität entzündet, Massnahmen für eine beidseitig erfolgreiche Integration ausgebrütet, der Traum der Mobilität der Menschen weiter geträumt, sichere und verlässliche Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften, bis hin zur Landwirtschaft, geprüft. Drei kreative und phantasievolle Weise für das städtische Morgenland sollen das planen und organisieren.

Diskussion:

Stadtpräsident Otto Müller stellt fest, dass sich rückblickend in letzter Zeit bereits viele Menschen mit der Lebensqualität und der Zukunft in Dietikon befasst haben. Ein Kulturleitbild wurde in einem

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

grösseren Kreis entwickelt. Es wurde eine Wirtschaftsstrategie erarbeitet. Auch hier haben sich viele Leute Gedanken gemacht. Ausserdem wurde ein Integrationsleitbild entwickelt. Das Ausländerforum hat hier grosse Arbeit geleistet. Diese Initiativen sind immer mit Blick auf das Dietikon von morgen und übermorgen entstanden. Der Stadtrat hat die Vision Dietikon 2020 überarbeitet. Vieles, das Peter Wettler angeregt hat, wurde schon umgesetzt, einfach auf eine etwas andere Art. Auch im Rahmen des Stadthaus-Jubiläums im nächsten Jahr will sich der Stadtrat mit Rückblick und Ausblick Gedanken machen. Aus diesen Überlegungen beantragt der Stadtrat die Nichtüberweisung des Postulates.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst mit 24 : 9 Stimmen:

Das Postulat von Peter M. Wettler betreffend Dietikon Übermorgen wird nicht überwiesen.

Rechtsmittel:

Gegen diesen Beschluss kann nach § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 19 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz innert 30 Tagen seit amtlicher Publikation schriftlich und begründet Beschwerde beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Peter M. Wettler, Rosenstrasse 44; 8953 Dietikon;
- Stadtrat.

B1.16. Entwicklungskonzepte

Etappierung der Siedlungsentwicklung

Interpellation

Ernst Joss, Mitglied des Gemeinderates, hat am 12. April 2011 folgende Interpellation eingereicht:

"Dietikon entwickelt sich gegenwärtig sprunghaft. Das Limmatfeld wird in einem raschen Tempo bebaut. Baulücken werden in Dietikon geschlossen. Eine weitere Entwicklung steht im Gebiet SLS bevor. Die Bebauung des Niderfeldes wird ebenfalls nicht mehr lange auf sich warten.

Die rasche Entwicklung ist für Dietikon problematisch. Der Verkehr überschreitet heute schon das erträgliche Mass. Die Verkehrsstudie MIV Limmattal kann auch keine Lösung aufzeigen und schlägt als mögliche Massnahme die Etappierung der Bauvorhaben vor. Damit könnte Zeit für die Anpassung der Infrastruktur gewonnen werden. Die Infrastruktur wird grosse Kosten verursachen, während allfällige Steuereinnahmen erst später anfallen.

Ich stelle daher dem Stadtrat folgende Fragen:

- 1. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, die künftigen Überbauungen in Dietikon zu etappieren?*
- 2. Sind entsprechende Beschlüsse bereits gefasst oder in Vorbereitung?*
- 3. Falls keine Etappierung vorgesehen ist, wie gedenkt der Stadtrat die Infrastruktur bereitzustellen und zu finanzieren?"*

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

Begründung:

Ernst Joss (AL) erklärt, dass die Einwohnerzahl in Dietikon in neun Jahren von 10'000 auf 20'000 zugenommen hat. Eine solche Entwicklung ist immer problematisch. Wir stehen nun wieder am Anfang eines neuen Entwicklungsdruckes. Die Bevölkerung hat dem Vorhaben im Niderfeld zugestimmt. Es steht eine neue Planung im Gebiet SLS bevor. Man ist skeptisch, was die grosse Zunahme von Arbeitsplätzen betrifft. Ausserdem wissen wir, dass in und um Dietikon viele Probleme bestehen. Die ganze Siedlungsentwicklung sollte etappiert werden. Das Limmatfeld ist voll im Bau. Wie schnell kann Dietikon denn wachsen? Müsste man nicht darauf achten, dass es in einem vernünftigen Tempo vor sich geht? Sind wir in der Lage, die Infrastruktur bereit zu stellen, wenn das Tempo nicht gedrosselt werden kann?

Ratspräsident René Stucki stellt fest, dass dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation gemäss § 57 der Geschäftsordnung drei Monate zur Verfügung stehen.

P2.92.4. Verkehrsbeschränkungen fahrender Verkehr

Begegnungszone Bäcker-, Löwen- und Merkurstrasse

Bericht Postulat

Peter Wettler, Mitglied des Gemeinderates, und 12 Mitunterzeichnende haben am 9. September 2010 folgendes Postulat eingereicht:

"Ich bitte den Stadtrat um die Prüfung der Frage, ob die Bäcker-, der Teil Löwen- zur und die Merkurstrasse, also von der Zentralstrasse bis zum Bezirksgebäude als Begegnungszone geführt werden kann. Begegnungszonen sind verkehrsberuhigte Bereiche. Fussgänger haben Vortritt vor den anderen Verkehrsteilnehmern. Die Geschwindigkeit des motorisierten Verkehrs wird auf 20 km/h beschränkt.

In Biel, Grenchen und Burgdorf stellen die Gewerbetreibenden fest, dass nach Einführung der Begegnungszonen der Umsatz zugenommen hat, weil eine Begegnungszone auch eine Flanierzone ist.

Begegnungszonen werten Ortszentren auf und können insbesondere das Umfeld für Läden und Geschäfte attraktiver machen. Sie eignen sich dort, wo eine eigentliche Fussgängerzone auf Grund der Grösse des Geschäftsgebietes nicht in Betracht gezogen wird, gleichwohl aber erheblicher Fussgängerverkehr herrscht. Die Zufahrt mit Autos und die Anlieferung mit Lastwagen ist zu gewährleisten. In Schlieren ist die Sägestrasse eine Begegnungszone."

Mitunterzeichnende:

Anton Kiwic
Rolf Steiner
Catherine Peer
Angela Gullo

Rosmarie Joss
Ernst Joss
Lucas Neff
Samuel Spahn

Adrian Larcher
Julia Neuenschwander
Thomas Wirth
Pius Meier

Der Gemeinderat hat das Postulat am 7. Oktober 2010 an den Stadtrat überwiesen, der dazu wie folgt Bericht erstattet:

Im Rahmen des Postulatsberichts zur Ausgestaltung einer Begegnungszone im Zentrum Dietikon vom 9. März 2009 hat der Stadtrat ausführlich zu den spezifischen Randbedingungen, zur Vorgehensstrategie und zum Stand der umzusetzenden Massnahmen Stellung genommen. Bezüglich Bäcker-, Löwen- und Merkurstrasse formulierte er:

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

"Die Verbindung Kirchplatz - Kronenareal soll über die neu gestaltete, den Charakter einer Begegnungszone aufweisenden, Löwenstrasse weiter gezogen werden und eine attraktive, fussgängerfreundliche sowie umgestaltete Achse hin zum Kronenareal bilden. Im Übergangsbereich Löwenstrasse - Merkur-/Bäckerstrasse - Untere Reppischstrasse ist eine Geschwindigkeitsreduktion vorgesehen."

Inzwischen haben sich mit den bewilligten Projekten der Stadt und Privater zur Aufwertung des Kronenareals bzw. des nördlich angrenzenden Areals, der Festlegung der Linienführung der Limmattalbahn und dem Ergebnis der kantonalen Studie Zentrumsentlastung Dietikon wichtige Fragen geklärt. Zur Entlastung der Löwenstrasse kann nach der noch dieses Jahr vorgesehenen Erstellung des Verbindungsbauwerks unter der Zentralstrasse die Ausfahrt der Parkgarage Löwenzentrum an die Obere Reppischstrasse verlegt werden.

Zur Reduzierung der Geschwindigkeit auf der Merkurstrasse wurde diese Ende 2009 im nördlichen Abschnitt neu gestaltet und insbesondere auch die Verhältnisse für Fussgänger im Zugangsbereich des Bezirksgebäudes verbessert.

Über den Bereich der Zentral-, Bäcker-, und Löwenstrasse liegt eine unter Einbezug des Kantons erarbeitete Gestaltungsstudie vor, welche der Strategie des Stadtrates entspricht und die Fortsetzung der bereits umgestalteten Löwenstrasse Richtung Krone umfasst. Das zugrundeliegende Verkehrskonzept sieht die Einführung einer Tempo 30-Zone im Gebiet zwischen der Weinger- und der Zentralstrasse und eine stärker beruhigte, als Begegnungszone signalisierte Löwenstrasse zwischen Kirchplatz und Kronenareal vor. Damit bleibt das Zentrum für den Ziel-/Quellverkehr im Hinblick auf eine gute Erreichbarkeit der Ladengeschäfte, Gewerbe- und Gastronomiebetriebe erschlossen und eine angemessene Nord-Süd-Durchlässigkeit für den MIV bestehen.

Zur Verkehrsberuhigung insbesondere der Bäcker-, Löwen- und Merkurstrasse wird der Stadtrat die Planung einer Tempo 30-Zone zwischen der Weinger- und der Zentralstrasse auslösen, welche mit der anstehenden Aufwertung des Kronenareals realisiert werden soll. Weiter wird er die Umgestaltung der Löwenstrasse, als Voraussetzung für eine lokale Begegnungszone, in die nächste Finanzplanung aufnehmen.

Diskussion:

Peter M. Wettler (SP) erklärt, dass er das Postulat einreichte, als bekannt wurde, der Stadtrat wolle die Verbindung vom Stadtzentrum ins Industriequartier über die Bäcker-, Löwen-, Merkurstrassen oder die Süd-Nord-Durchfahrt durch die Stadt mit einem Fahrverbot belegen. Zwar wären dann knapp 10 % weniger Personenwagen durch Dietikon gefahren, die restlichen gut 90 % hätten aber einen grossen Umweg unter die Räder nehmen müssen. Mit der vom Stadtrat vorgeschlagenen Lösung einer Tempo-30- und einer Begegnungszone kann er sich sehr einverstanden erklären.

Pius Meier (CVP) meint, dass die CVP-Fraktion im Dezember 2002 eine Studie für eine Begegnungszone im Zentrum vorgestellt hat. Es freut darum, dass der Stadtrat diese Idee nun aufgenommen hat. Begegnungszonen ermöglichen das Nebeneinander von Passanten und Individualverkehr ohne das Einkaufen zu verhindern. Wir werden in Dietikon bald gute Erfahrungen mit solchen Zonen machen.

Da der Inhalt des Postulats in die Zuständigkeit des Stadtrates fällt, gilt es mit diesem Bericht gemäss § 56 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates als erledigt.

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

S1.061.8. Tageshorte

Genügend Hortplätze für unsere Kinder

Bericht Postulat

Angela Gullo, Mitglied des Gemeinderates, und 9 Mitunterzeichnende haben am 9. September 2010 folgendes Postulat eingereicht.

"Der Stadtrat wird aufgefordert, genügend Hortplätze für unsere Kinder zu schaffen.

Begründung:

Wie der Schulpräsident dem Gemeinderat während der Fragestunde vom 20. Mai 2010 erläutert hat, besteht in Dietikon eine Warteliste für Hortplätze. Im Mai hatten 31 Familien keine Betreuung für ihr Kind. Es ist davon auszugehen, dass sich die Lage nicht wesentlich gebessert hat.

Die Situation ist für Familien und Alleinerziehende äusserst schwierig. Berufstätige Eltern brauchen eine konkrete Zusage für die Betreuung, um ihr Familienleben zu organisieren. In manchen Fällen bleibt der Umzug in eine andere Gemeinde die einzige Lösung.

Die Anforderungen des neuen Volksschulgesetzes an die Gemeinde definiert: "Die Gemeinden haben den Auftrag, ein ergänzendes, dem Bedürfnis angemessenes Betreuungsangebot (Mittagstisch, Tageshort, Nachmittagshort etc.) anzubieten". Dies bedeutet, dass die Stadt das Angebot an Hortplätzen der Nachfrage anpassen muss. Massnahmen, wie eine Optimierung der Einteilung und eine Erweiterung der bestehenden Ressourcen, werden unumgänglich sein, um den Bedarf abzudecken."

Mitunterzeichnende:

Catherine Peer	Anton Kiwic	Rosmarie Joss
Ernst Joss	Lucas Neff	Samuel Spahn
Adrian Larcher	Thomas Wirth	Rolf Steiner

Der Gemeinderat hat das Postulat am 7. Oktober 2010 an den Stadtrat überwiesen, der dazu wie folgt Bericht erstattet:

Gemäss § 27 Abs. 3 des Volksschulgesetzes (VSG) bieten die Gemeinden für Schülerinnen und Schüler der Volksschule bei Bedarf weitergehende Tagesstrukturen an. Mit Beschluss vom 20. November 2008 hat der Gemeinderat seine Zustimmung zu einer Ausweitung des Angebots der schulergänzenden Betreuung gegeben. Damit verbunden waren ein Angebotskonzept, die Darlegung der Kosten (inkl. anzustrebender Kostendeckungsgrad), die Beitragsstruktur der Eltern sowie das Angebot und die Gewichtung der Module. Im August 2010 hat die Schulpflege einer Arbeitsgruppe den Auftrag zu einer grundlegenden Analyse der Belegungszahlen, der Wartelisten, der Anstellungsbedingungen sowie des Kostendeckungsgrades erteilt.

Die Analyse bestätigte eine beträchtliche Warteliste für das Mittagstischmodul von 12.00 bis 13.30 Uhr aber auch eine überraschend hohe Anzahl an anderen Modulen mit freien Plätzen und sogar ausgesprochen tiefer Auslastung. So erwies sich der prognostizierte Bedarf an Ferienhortplätzen (Auslastung 35 - 50 % der prognostizierten Plätze) und vor allem der Bedarf an Frühstücksbetreuung mit zwei bis vier Kindern pro Einrichtung als überhöht, ebenso die Frühhachmittagsbetreuung (13.30 bis 15.30 Uhr) mit durchschnittlich vier bis sechs Kindern als ausserordentlich tief. Der Kostendeckungsgrad beträgt im Jahr 2010 44.43 %. In Anlehnung an den Beschluss des Gemeinderates vom 20. November 2008 wird nach wie vor ein Kostendeckungsgrad von 50 % angestrebt. Die Bereinigung und Erstellung der Belegungslisten hat die Arbeitsgruppe zu

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

Sofortmassnahmen veranlasst. Mit der Ausschöpfung der Gesamtzahl an Hort- und Mittagstischplätzen (80 bzw. 100) konnte die Warteliste massiv abgebaut werden. Damit konnten 130 zusätzliche Module belegt werden. Ist jedoch bei einem oder zwei Modulen die Aufnahmekapazität (vor allem beim Mittagstisch) erreicht, verzichten viele Eltern auch auf alle anderen angebotenen Module und verbleiben auf der Warteliste. Damit die vom Gemeinderat bewilligte Gesamtanzahl an Hortplätzen von 80 voll ausgeschöpft werden kann, hat die Schulpflege entschieden, im Schulhaus Fondli, wo die Raumstruktur für insgesamt 20 Hortplätze und 20 Mittagstischplätze vorhanden ist, auch die Nachmittagsbetreuung - unter Einhaltung der Gesamtanzahl von 80 Hortplätzen - auszuweiten. Damit kann das Gesamtangebot optimiert werden, was den Kostendeckungsgrad weiter verbessern wird. Ein grundsätzliches Problem stellt sich, weil die Eltern heute Module frei wählen können. Würde es eine vorgeschriebene Anzahl an zu wählenden Modulen und Tagen geben, würde der Kreis an Interessenten beträchtlich reduziert, jedoch nicht der eigentliche Betreuungsbedarf der Eltern, weil sie zusätzliche Module wählen müssten, die sie gar nicht benötigen. Bei den Hortferienwochen wird neu die Mindestverpflichtung auf drei Tage reduziert, mit dem Ziel die Auslastung zu erhöhen.

Die Ausgestaltung der ausserschulischen Tagesstrukturen mit der offenen Wahlmöglichkeit kann in Dietikon als gut bezeichnet werden. Umfragen zu den Gründen für den Wegzug von Dietikon erhärten einen Zusammenhang mit fehlenden Hortplätzen nicht.

Neu wird die Aufsicht und Gesamtkoordination geregelt. Ein Schulpflegemitglied wird die Gesamtaufsicht von Amtes wegen wahrnehmen und der Leiter Schulabteilung nimmt die Gesamtkoordination wahr. Es wird eine ihrer Aufgaben sein, das Angebot aufgrund der Nachfrage weiter zu optimieren und falls nötig, den hierfür zuständigen Instanzen Antrag auf eine Ausweitung bzw. Anpassung zu unterbreiten. Die Schule Dietikon bietet bedarfsgerechte weitergehende Tagesstrukturen im Sinne des Volksschulgesetzes an. Im Gegensatz zu anderen Gemeinden erfahren die Eltern keine Einschränkung bei der Auswahl der Module und sind nicht verpflichtet, eine bestimmte Anzahl zu wählen.

Der Stadtrat hält fest, dass die Schulpflege mit den getroffenen Massnahmen die Anliegen des Postulates erfüllt. Mit den eingeführten Optimierungen auf struktureller, personeller und administrativer Ebene konnte eine wesentliche Verbesserung der Auslastung mit gleichzeitigem Abbau der Warteliste erreicht werden. Mit den neu geschaffenen Aufsichts- und Führungsstrukturen kann auf einen veränderten Bedarf auch im Hinblick auf das kommende Schuljahr rasch und gezielt reagiert werden.

Diskussion:

Angela Gullo (SP) erklärt, dass aus dem Bericht hervorgeht, dass bereits konkrete Massnahmen getroffen wurden, um den Bedürfnissen gerecht zu werden. Allerdings werden keine konkreten Zahlen genannt. Im Weiteren werden Eltern fast zum Problem gemacht. Eltern wollen jedoch selber entscheiden können, wann sie die Kinder zur Betreuung bringen. Darum sollte die Kinderbetreuung - auch zwischen 12.00 und 13.00 Uhr - bedarfsgerecht angeboten werden. Wir sind trotzdem auf dem richtigen Weg.

Ernst Joss (AL) meint, dass beim Bericht vor allem der Kostendeckungsgrad von 44 % auffällt. Offenbar strebt man sogar einen Ansatz von 50 % an. Ein solcher Deckungsgrad ist sehr hoch. In Zürich beträgt er 27 %. Bei Sozialhilfeempfängern ist das kein Problem, weil hier die Stadt den Elternanteil bezahlt. Auch bei sehr gut verdienenden Personen besteht kein Handlungsbedarf. Für die übrigen Personen gibt es aber ein Problem. Man will die Kinder ja nicht alleine zu Hause oder irgendwo auf der Strasse lassen. Deshalb sollte der Deckungsgrad tiefer gehalten werden. Das Zusammensein mit andern Kindern ist wichtig. Das Kind muss mindestens 3 Tage im Hort sein können, um einen Zusammenhalt mit den andern Kindern zu haben.

16. Sitzung vom 9. Juni 2011

Da der Inhalt des Postulates in die Zuständigkeit des Stadtrates fällt, gilt er mit diesem Bericht gemäss § 56 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates als erledigt.

Schluss der Sitzung: 21.55 Uhr

Die Richtigkeit des Protokolls bezeugen:

René Stucki
Präsident

Daniel Müller
Sekretär

Adrian Larcher
Stimmzähler

Philipp Müller
Stimmzähler

Irene Wiederkehr
Stimmzählerin